

# STANDPUNKTE 20 / 2009

DIETER KLEIN

## 1989/2009 – UNEINGELÖSTES

In den großen Umbrüchen der Geschichte entsteht stets ein unschätzbare Vorrat an Erkenntnissen und Erfahrungen – ob durch Siege oder Niederlagen. Sie zu bewahren und lebendig zu machen für die Aufgaben der Gegenwart, ist unverzichtbar. «Die jeweils Lebenden erblicken sich im Mittag der Geschichte. Sie sind gehalten, der Vergangenheit ein Mahl zu rüsten. Der Historiker ist der Herold, welcher die Abgeschiedenen zu Tische lädt.» (Benjamin, 1984: 155)

### DEUTUNGSHOHEIT – 1989 UND HEUTE

Eine Befragung des Herbstes 1989 unter diesem Gesichtspunkt verweist zunächst auf die Brisanz der Deutung von Scheidewegssituationen. Bereits die Deutung einer Krisensituation stellt Weichen für die Art und Richtung ihrer Bearbeitung. Wer die Deutungshoheit gewinnt, wird vorerst die Reaktionen auf die Krise im eigenen Interesse bestimmen. Wer die Deutung verliert, ist bereits dabei, in den Kämpfen um die Überwindung der Krise zu verlieren. Dies hat in der gegenwärtigen Krise hochaktuelle Bedeutung. ■ Der problematische springende Punkt in der vorherrschenden Deutung der Situation 1989 war, dass die gesamte Aufmerksamkeit auf die Umbrüche in Ostdeutschland, Osteuropa und in der Sowjetunion konzentriert wurde. Die politische Strategie der westlichen Machteliten für den Osten und die Interpretation der sich dort vollziehenden realen Prozesse waren bestimmt durch die Schlüsselbegriffe «nachholende Modernisierung» (Zapf, 1992) und «nachholende Revolution» (Habermas, 1990). Aus der Sicht der Herrschenden schienen die Herausforderungen des Herbstes 1989 bewältigt, als die Strukturen, Institutionen und Normen der alten Bundesrepublik dem Osten übergeholfen waren. Es ging, so Klaus Hartung, «um die Rückkehr der Menschen aus dem Transitraum und dem Niemandsland» (Hartung: 1990: 9). Wolf Lepenies' Befund lautete: «Die politische Klasse der alten Bundesrepublik hat, mit wenigen Ausnahmen, aus der Vereinigung und ihren Folgen ein Festival der Selbstbestätigung gemacht.» (Lepenies, 1992:31) Die globalen Machteliten des Westens glaubten sich im Siegesrausch vorschnell auf dem Gipfel historischer Entwicklung. Francis Fukuyama verkündete auf fast

tausend Seiten das «Ende der Geschichte» (Fukuyama, 1993). ■ Ignoriert wurde in solcher Deutung der Scheidewegskonstellation Ende der achtziger Jahre, dass sich auch der Westen einem Bifurkationspunkt näherte. Seit den siebziger Jahren befand sich der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus im Übergang zu einem entschieden konfliktgeladeneren neoliberalen Kapitalismus. Seit dem Militärputsch in Chile 1973 wurde dort die Durchsetzung der marktradikalen Wirtschaftstheorien Milton Friedmans praktiziert. Besonders in den USA und in Großbritannien war der Abbau des Sozialstaates längst in vollem Gange und schritt auch in Deutschland schon voran, ehe er später durch die Regierung Schröder mit der Agenda 2010 einen weiteren Schub erhielt. Die erhoffte große Friedensperiode nach dem Ende des Ost-West-Konflikts begann mit dem Golfkrieg. Der Bericht an den Club of Rome «The Limits to the Growth» hatte schon 1972 spektakulär auf die Gefährdung der natürlichen Existenzbedingungen der Menschheit durch profitorientiertes Wachstum verwiesen. Die achtziger Jahre wurden für die Entwicklungsländer entgegen allen modernisierungstheoretisch begründeten Hoffnungen zu einem verlorenen Jahrzehnt.

Eine zutreffende Deutung der Geschichtskonstellation 1989/90 hatte folglich zu verdeutlichen, dass die tatsächliche Herausforderung darin bestand zu beantworten, was aus dem Scheitern des Staats- und Parteisozialismus, aber auch aus der sich schon damals abzeichnenden Unfähigkeit des postfordistischen Kapitalismus zur Überwindung innerer Krisen und zur Lösung globaler Menschheitsprobleme zu schlussfolgern wäre – in Ost und in West und gemeinsam. ■ Doch ein solcher Denkansatz erschien der herrschenden politischen Klasse und dem Mainstream der Sozialwissenschaften nahezu abartig. Die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung sah im Scheitern des Staatssozialismus die Bestätigung des Westens so, wie er war. Sie fiel deshalb als aktiver Akteur der Umbrüche 1989/90. ■ Die Mehrheit der DDR-Bevölkerung, deren Stimmung im Herbst 1989 durch die an-schwellende Zahl der Demonstranten widerspiegelt wurde, drängte – nach einer sehr kurzen Phase von Hoffnungen der Bürgerbewegung auf einen Systemwechsel und der SED-Reformer auf Reformen im Rahmen der DDR – zu einem radikalen Sys-

tembruch im Osten durch die Herstellung der deutschen Einheit. Der Ruf «Wir sind das Volk!» wurde durch die Losung «Wir sind ein Volk» abgelöst. ■ Auf Seiten der Bundesrepublik erwartete die Regierung Helmut Kohls nur während einer kurzen Zeit der Unsicherheit eine mittelfristige Phase des Nebeneinanders der beiden deutschen Staaten mit der Perspektive der Einheit (Bender, 1996: 215 ff.). Schon im Dezember 1989 schlug dieses Kalkül in die Überzeugung um, dass eine schnelle Vereinigung durch Beitritt der DDR zur Bundesrepublik die Unterstützung der Mehrheit der Ostdeutschen finden würde und der CDU zudem den kurz zuvor noch erheblich gefährdeten Sieg in den nächsten Bundestagswahlen bringen könnte. Die SPD verfolgte dagegen das Projekt einer sozialen und ökologischen Reformierung der Bundesrepublik. Ein Teil ihrer Führung sah einen längeren Prozess zur deutschen Einheit in Gestalt einer Konföderation als die günstigere Bedingung dafür an — im Vergleich zur Konzentration aller politischen Anstrengungen auf eine schnelle Einheit (Lafontaine, 1990). ■ Die Mehrheit der Ostdeutschen jedoch übertrug den weiteren Vollzug der von ihr erkämpften Öffnung für die Einheit Deutschlands aus durchaus rationalem Kalkül der Regierung Kohl und der CDU. Dort sahen sie die Verfügungsmacht über die Ressourcen, die für diese Einheit aufzuwenden wären. Dort erkannten sie den Willen, die Einheit auf schnellstem Wege durchzusetzen. Die Warnungen Lafontaines vor dem wirtschaftlichen Einbruch in Ostdeutschland auf dem von der Regierung Kohl verfolgten Weg der schnellen Übernahme der DDR wollten die wenigsten hören. Die meisten Ostdeutschen wollten keine neuen Experimente, sondern die rasche Teilhabe an westlicher Freiheit und Wohlfahrt nach dem sozialstaatlichen Modell, das zur Zeit der Ankunft der Ostdeutschen in der Bundesrepublik allerdings schon dabei war, auf neoliberalen Pfaden zu entschwinden.

Gleichwohl gehören zu den beachtlichen Gewinnen in Ostdeutschland die repräsentative Demokratie, politische und individuelle Freiheiten, materielle Wohlstandssteigerung für große Teile der Bevölkerung, eine Modernisierung der Infrastruktur und des Wohnbestandes und internationale Öffnung. ■ Der Zugewinn binnen kürzester Zeit war unbestreitbar groß. Aber er hatte einen Preis, der umgehend zu zahlen war und einen noch schwerwiegenderen Preis auf lange Sicht. Für einen radikalen Transfer von Institutionen, Eliten und Ressourcen aus der alten Bundesrepublik nach Ostdeutschland wurden von Beginn des Einheitsprozesses an eigene ostdeutsche Verantwortung und Gestaltungsräume, Ausschöpfung eigener Erfahrungen, die Erkundungen eigener Transformationspfade entsprechend den historisch entstandenen Bedingungen in Ostdeutschland und die Chance zur Selbstveränderung der dazu fähigen Teile der ostdeutschen Eliten in wichtigen Positionen hergegeben. Der von den westdeutschen Bürgerinnen und Bürgern mit langfristiger Wirkung zu zahlende politische Preis war, dass die im Westen in den 80er Jahren herangereiften sozialen und ökologischen Reformen überlagert von den Aufgaben der Einheit für Jahrzehnte von der Tagesordnung gerieten. ■ Das Resultat ist ein «Weiter so» im vereinten Deutschland durch die Entfaltung des neoliberalen Kapitalismus und Finanzmarktkapitalismus. Zwei Jahrzehnte, nachdem 1989/90 eine doppelte Transformation angesichts der realen Kräfteverhältnisse außer Betracht blieb, hat dieser Entwicklungspfad des globalen Kapitalismus in die 2008 offenbar gewordene

mehrdimensionale Zivilisationskrise hineingeführt (Blätter für deutsche und internationale Politik, 2009).

Für die heutige Linke birgt die eindimensionale Analyse der Situation 1989/90, die den neoliberalen Kapitalismus bestätigte, statt schon damals die Kritik demokratischer Kräfte auch auf ihn auszuweiten, wichtige Lehren. 1989 und danach blieben Grunddefizite der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften nahezu vollständig ausgeblendet. Heute sind die Machteliten abermals dabei, die Deutungshoheit über die gegenwärtige Krisensituation auszuüben. Die Krise erscheint als Resultat des Fehlverhaltens gieriger Manager, unzureichender politischer Kontrolle der Finanzmärkte und ihrer extremen Auswüchse, falscher Zinspolitik des früheren US-Notenbankchefs Alan Greenspan, inkonsequenter Klimapolitik und ähnlicher Fehlleistungen. Ignoriert wird, dass die Finanz- und Weltwirtschaftskrise in einer durch Ausbeutung bedingten Kluft zwischen der Explosion riesiger Kapital- und vor allem Finanzvermögen und der Begrenzung profitabler produktiver Anlagemöglichkeiten des Kapitals durch den Druck auf die Masseneinkommen wurzelt. Die Reaktionen der Herrschenden auf die Krise gehen herrschaftsbedingt und gestützt auf ihre Fehldeutungen an der Dringlichkeit einer Veränderung der Macht-, Eigentums-, und Verteilungsverhältnisse und der Regulationsweise vorbei und knüpfen bereits wieder an ihrem Vorkrisenverhalten an. ■ Die Linke hebt dagegen den komplexen Charakter der gegenwärtigen Gesellschaftskrise und ihre tieferen Ursachen hervor (Institut für Gesellschaftsanalyse, 2009a; Altvater, 2009). Die Finanzkrise und die zugleich zyklische und strukturelle Weltwirtschaftskrise sind verflochten mit einem einzigartigen Zusammenfallen verschiedener fundamentaler Zivilisationskrisen: mit globaler Umweltzerstörung, gipfelnd im Herannahen einer Klimakatastrophe und in der Erosion der Biodiversität; mit Armut, Hunger und akuten, durch Finanzspekulation noch verstärkten Ernährungskrisen und mit dem Andauern von Kriegen und Staatenzerfall in vielen Ländern. Die neoliberale Regulationsweise funktioniert nur noch um den Preis schwerster und verlustreicher Disproportionen und globaler Großgefahren. Die Legitimation der Herrschenden ist dadurch in eine Krise geraten. Doch hat dies nicht in eine politische Krise hineingeführt, weil die Linke zur Zeit kein hegemoniefähiger Akteur ist, weil die Mehrheit der Bevölkerung keine Möglichkeit von Alternativen erkennt und eher Hoffnungen auf das entschlossene Krisenmanagement der Machteliten gesetzt hat. Deren Machtstrukturen sind nicht wesentlich geschwächt. Die kommende Dekade wird wahrscheinlich durch ein staatsinterventionistisch gestütztes Fortdauern des neoliberalen Kapitalismus in der Auseinandersetzung mit anderen Entwicklungstendenzen und alternativen Teilprojekten bestimmt sein. Vieles spricht für eine anhaltende relative Stabilität bei gleichzeitiger Disfunktionalität und fortdauernden Krisentendenzen, für eine «instabile Stabilität» des neoliberalen Kapitalismus. In dieser Konstellation steckt, dass die gegenwärtige Scheidewegsituation für einige Zeit noch offen für alternative Wege aus der Krise sein könnte. ■ Von einer solchen Krisenanalyse ausgehend bedarf die Linke einer transformatorischen Perspektive der eigenen Antworten auf die Krise, die sowohl realisierbare Lösungen für die dringlichsten Alltagsprobleme besonders der sozial Schwächeren in der Gesellschaft umfasst als auch Vorstellungen von einem Prozess, der über die Grenzen des Kapitalismus hinausweist.

## VERDRÄNGUNG FRÜHER UND HEUTE

*Auch dieser Anspruch kann durch einen Rückgriff auf eine Grunderfahrung im Vorfeld von 1989 gestärkt werden: auf das Phänomen massenhafter Verdrängung längst erkennbarer Tendenzen zu Katastrophen.* Dies ist die Erfahrung jener Millionen in Ostdeutschland, die nach 1945 auf das Gelingen einer Gesellschaft ohne Ausbeutung, Diktatur und Krieg hofften. Sie übernahmen in solcher Erwartung Mitverantwortung für die Gestaltung dieser Gesellschaft. Aber früher oder später empfanden viele von ihnen eine wachsende Differenz zwischen ihren ursprünglichen Idealen und der Realität des Staatssozialismus. Doch sie wollten ihr Projekt innerlich nicht aufgeben, zumal sie für diesen Fall die Rückkehr kapitalistischer Verhältnisse fürchteten, die sie mit guten Gründen nicht wollten. So hofften sie schließlich noch auf eine Erneuerung der Funktionsfähigkeit des Staatssozialismus ohne fundamentale Brüche, als die Untauglichkeit seiner Grundstrukturen längst erkennbar war und bereits in den Abgrund führte.

■ Heute verläuft das Leben abermals, als sei die Gesellschaft in ihrem Kern gesund. Aber sie ist es nicht, sie ist krank in ihrer Grundsubstanz. Und wiederum greift der Mainstream der Sozialwissenschaften nicht alarmierend ein. Doch in Krisen, den Momenten möglicher Öffnung der Geschichte für neue Zukünfte, die Chance zu progressiver Erneuerung nicht zu ergreifen, kann diesmal weit schlimmere Folgen haben als 1989. Der heute damit verbundene Zeitverlust, der eine Umkehr der Energie- und Klimapolitik und eine Zurückdrängung von Armut und Hunger in den Entwicklungsländern sträflich verzögert, ist eine akute Gefahr für die natürlichen Existenzgrundlagen der Menschheit und für Leben und Gesundheit von Hunderten Millionen Menschen. Eine Überlegung Daniela Dahns liegt nahe: «Vom Verlierer nicht lernen, heißt verlieren lernen».

## KRISEN UND VISIONEN – 1989 UND HEUTE

*Es gilt daher eine weitere Erfahrung des Herbstes 1989: In Krisen- und Scheidewegskonstellationen bedarf die Gesellschaft aus dringlichste ebenso wie mobilisierender konkreter Forderungen zur Lösung unmittelbarer Gegenwartsprobleme einer realitätsgebundenen Vision, die die Grenzen des Gegenwärtigen überschreitet und die Umriss einer solidarischen, sozialökologisch orientierten und demokratischen Gesellschaftsalternative erkennbar macht. In der Krise wohnen Angst und Hoffnungen eng beieinander, und Hoffnung bedarf einer Vorstellung von den Wegen und möglichen Formen ihrer Verwirklichung.*

1989 konnten die westdeutsche Linke und die reformsozialistischen Kräfte der DDR eine überzeugende und öffentlich wirkungsmächtige Alternative zur bloßen Eingliederung Ostdeutschlands in die westdeutschen Gesellschaftsstrukturen nicht präsentieren. In relativ geschlossenen kleinen Diskursräumen existierten Konzeptionen eines demokratischen Sozialismus und Vorschläge für Übergangsjahre. Relativ weitreichend waren Vorstellungen eines Dritten Weges jenseits von stalinistischen Strukturen und vom Kapitalismus im Projekt Moderner Sozialismus an der Humboldt-Universität ausgearbeitet (Kirschner, 2009). Aber diese Projekte waren nicht in sozialen Bewegungen und schon gar nicht in einem gegenhege-

monialen Block verankert. Zu den entscheidenden Lehren von 1989 für die Linke, vor allem für die Linkspartei, gehört die Überwindung aller Hemmnisse, die breiten demokratischen Allianzen für die emanzipatorische Alternativen entgegenstehen.

Aus dem Arbeitszusammenhang Moderner Sozialismus war in Abgrenzung von nachholender Modernisierung das Konzept einer doppelten Modernisierung entstanden. Es wurde im April 1990 auf einem internationalen Kongress zum Thema «Quo vadis, Germania?» präsentiert (Klein 1990). Gemeint war mit der Forderung nach doppelter Modernisierung, dass einerseits im Osten Deutschlands Qualitäten der Moderne wie pluralistische Demokratie und Gewaltenteilung, Wettbewerb und Rechtsstaatlichkeit, Individualisierung und internationale Offenheit nachzuholen wären. Andererseits dürften die neuen Bundesländer nicht die Verhältnisse der alten Bundesrepublik übernehmen. Diese sei selbst herausgefordert zu partizipativer Erneuerung der Demokratie, zur Einbettung des Marktes in soziale und ökologische Rahmensetzungen und zur Durchsetzung sozialer Gleichheit. Eine Transformation im Osten müsste mit der als notwendig betrachteten Transformation des Westens verknüpft werden (Klein, 1991). Angesichts der realen Kräfteverhältnisse und der darauf beruhenden herrschenden Deutung der Umbruchprozesse war dieses Konzept von vornherein in eine Außenseiterposition verwiesen.

*Aber auch dies gehört zu den Erfahrungen von 1989, die in der gegenwärtigen Krisensituation zu beachten sind: Zukunftsvorstellungen, die progressive Interessen artikulieren, dürfen nicht mit dem Verweis auf ihre Nichtrealisierbarkeit unter den gegebenen Umständen aufgegeben werden. Ein großer Teil der Linken und die meisten Intellektuellen taten aber genau dies.* ■ Eine Minderheit allerdings verhielt sich so, wie dies Max Weber empfohlen und gefordert hatte: «Selbstverständlich aber ist es nun ferner für den Einzelnen ein stets erneut auftauchendes Problem, ob er die Hoffnung auf Realisierbarkeit seiner praktischen Wertungen aufzugeben habe angesichts seiner Erkenntnis des Bestehens einer eindeutigen Entwicklungstendenz, welche die Durchsetzung des von ihm Erstrebten ... derart unwahrscheinlich macht, dass seine Arbeit daran, an der Chance des Erfolgs bewertet, als sterile «Donquixoterie» erscheinen müsste» (Weber 1988: 513). Für diesen Fall erwog Weber, dass die Menschen unter solchem Druck zur Preisgabe ihrer Ideale neigen, und stellte – überaus aktuell – fest: «In Deutschland glaubt man dies mit dem Namen «Realpolitik» schmücken zu dürfen. Es ist jedenfalls nicht einzusehen, warum gerade die Vertreter einer empirischen Wissenschaft das Bedürfnis fühlen sollten, dies noch zu unterstützen, indem sie sich als Beifallssalve der jeweiligen «Entwicklungstendenz» konstituieren» (ebd.). «Die spezifische Funktion der Wissenschaft scheint mir gerade umgekehrt: Dass ihr das konventionell Selbstverständliche zum Problem wird» (ebd.: 502) Aber selbst hochangesehene kritische Intellektuelle bedachten nach 1989 die Minderheit jener, die damals die Idee eines demokratischen Sozialismus weiter vertraten, mit Ironie. Wolf Lepenies schrieb: «In Leipzig und in Ost-Berlin träumten wie Geistesseher die Dichter und Denker noch von ihrer sozialistischen Utopie, als man in Moskau und in Leninograd, das sich seines Namens zu schämen begann, schon über die NATO-Zugehörigkeit des wiedergeborenen Russland nachdachte.» (Lepenies, 1992: 55)

Aus traditionalistischen Strömungen der Linken kam eine ganz andere Kritik. Der Vorwurf gegen das Konzept der doppelten Modernisierung lautete, schon die Nutzung des Begriffs Moderne und gar die Anerkennung von evolutionären Potenzialen der Moderne sei eine Anbiederung an die kapitalistische Gesellschaft und unvereinbar mit linker Identität. Ignoriert wird von vielen Linken noch heute, dass der Kapitalismus selbst derartige Potenziale hervorgetrieben hat und dass bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften sowohl profitdominierte Grundstrukturen haben als auch zivilisatorische Qualitäten, die in emanzipativen Alternativen «aufzuheben» sind. ■■■ Der Spannung zwischen voraussichtlich Machbarem unter den gegebenen Verhältnissen und vorausschauendem Nachdenken über das Überschreiten und die Sprengung ihrer kapitalistischen Enge existiert auch gegenwärtig und führt immer wieder zu Auseinandersetzungen in der Linken zwischen denen, die sich eher gestaltenden demokratischen Reformen hier und heute verpflichtet sehen, und jenen, die das Beharren auf umstürzenden Brüchen für vorrangig halten. Wirkungsmächtige linke Politik hat beide Momente produktiv zu einer radikalen Realpolitik zu verbinden, die die Anerkennung und volle Entfaltung von Evolutionspotenzialen bürgerlicher Gesellschaften, Protest und Widerstand gegen die Politik der Herrschenden, Teilprojekte demokratischer Akteure und deren Öffnung für emanzipatorische Alternativen jenseits des Kapitalismus umfasst (Brie, 2009). ■■■ Jedoch – den Ausblick auf diese Öffnung, das Aufrufen eines alternativen Gesellschaftsprinzips nämlich, ist die Linke gerade in der gegenwärtigen tiefen Krise neoliberalen Denkens und neoliberaler Praxis und als Antwort darauf schuldig geblieben. Sie hat eine Vielzahl sinnvoller Forderungen präsentiert. Aber sie hat derem inneren Zusammenhang und einer Gesellschaftsalternative als Ganzes mit ihren Zielen, Werten, Handlungsorientierungen, Bündnisfragen und Strategien ausge-rechnet in der Krise nur geringes Gewicht beigemessen. Das trifft auch auf die Partei DIE LINKE zu.

Das mag zum Teil die Kehrseite des Vorzugs sein, dass die moderne Linke in einer großen Vielfalt von Ideen, Forderungen, Aktionen, Wertvorstellungen und Programmen unterschiedlichster Akteure existiert. Das erschwert, in der Krise mit wenigen, jedoch überzeugenden Leitvorstellungen eindrucksvoll hervorzutreten. Viele Bewegungslinke halten überdies einen kooperativen und kommunikativen gemeinsamen Lernprozess in den Kämpfen um alternative Projekte und die Verschiebung von Alltagspraxen nach links für wichtiger als Entwürfe möglicher Umriss einer Gesellschaftsalternative. Und in Teilen der Linken gilt die Summe richtiger und notwendiger einzelner alternativer Forderungen auch ohne ihre Zusammenführung um Leitideen schon als Programm. ■■■ Die internationale Linke hat natürlich unterschiedliche Vorstellungen von einem alternativen Gesellschaftsprojekt. Hier werden Leitideen eines demokratischen Sozialismus skizziert, die im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung vertreten werden:

1. Als demokratischer Sozialismus kann eine Gesellschaft verstanden werden, in deren Zentrum die individuelle Freiheit einer und eines jeden steht, über das eigene Leben selbst zu bestimmen – gestützt auf eine sozial gleiche Teilhabe aller an den Grundbedingungen solcher Selbstbestimmung und auf Solidarität.
2. In einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus und auf dem Weg dahin gewinnt das Öffentliche – vor allem die öffentliche Daseinsvorsorge – eine zentrale Bedeutung, weil der Markt soziale Gleichheit und solidarische Sicherungssysteme nicht herzustellen vermag. Das Projekt des Neoliberalismus ist die Individualität aller durch Teilhabe am Öffentlichen für alle. Das Projekt der Linken ist die Individualität aller durch Teilhabe am Öffentlichen für alle.
3. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert hat Geschlechtergerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit herzustellen. Das alte Ziel aller linken Bewegungen, Gerechtigkeit nämlich als Einheit von Freiheit, Gleichheit und Solidarität in Frieden, muss mit der Bewältigung einer neuen Herausforderung verknüpft werden: mit einem sozialökologischen Umbau, der die Umweltkrise überwindet und insbesondere eine Klimakatastrophe abwendet. Rot muss künftig entschieden stärker rot und grün und feministisch zugleich sein – als eigenes Selbstverständnis der Parteilinken und der breiteren Linken und nicht allein als Bündnispolitik mit grünen und feministischen Bewegungen.
4. Das geistig politische Wirken der Linken für demokratischen Sozialismus hat seinen Bezugspunkt nicht in der bloßen gedanklichen Konstruktion einer schönen neuen Welt. Links sein heißt, für die Mobilisierung alternativer Akteure durch eigene Teilnahme an deren Engagement, für deren Vernetzung zu veränderungsmächtigen Bewegungen, Allianzen und Bündnissen in den Kämpfen um bessere Zukünfte zu wirken. (Brie/Spehr, 2008)

#### TRANSFORMATION 1989 – TRANSFORMATION HEUTE ALS LINKES ZUKUNFTSPROJEKT

Demokratischer Sozialismus ist als ein transformatorischer Prozess zu verstehen – zumindest unter europäischen Bedingungen. Auch dieses Verständnis kann durch einen Blick auf 1989 und die folgenden Jahre gestärkt werden. ■■■ 1989 haben Bataillone von Sozialwissenschaftlern im Rahmen der «Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW)», reichlich durch Drittmittel finanziert, einen neuen Boom der Transformationsforschung getragen. Karl Polanyi hatte einst in seinem prominenten Werk «The Great Transformation» den Übergang vom Feudalismus zur profitdominierten kapitalistischen Warengesellschaft analysiert und seiner Kritik unterzogen. Ganz anders als Polanyi selbst, als Karl Marx, Joseph Schumpeter und John Maynard Keynes konnte sich die überwältigende Mehrheit wissenschaftlicher und politischer Akteure Transformation 1989 ausschließlich als die Fortsetzung dieser Transformationsrichtung und als geographische Ausweitung bürgerlich-kapitalistischer – zunehmend neoliberaler – Verhältnisse auf den Osten vorstellen. Ihr Horizont fror auf die modernisierte Fortschreibung der Trends aus dem 19. Jahrhundert ein. ■■■ Die gegenwärtige Krise der in der Transformations-

mationsforschung der neunziger Jahre gefeierten Verwandlung der Erde in Marktgesellschaften im Gewand repräsentativer Demokratie kündigt nun an, dass eine zweite Große Transformation als Negation der ersten heranreift. Es ist Zeit für die Linke zu erklären: Eure Transformation ist vorbei! Unsere Transformation, die des 21. Jahrhunderts, ist eine kapitalismuskritische und antikapitalistische! Der Sturm kommender Zeiten muss den Engel der Geschichte nicht zwangsläufig neuen Katastrophen zutreiben. Seine Flügel könnten ihn zu Lösungen von Menschheitsproblemen tragen, die profitdominierten Gesellschaften nicht möglich sind (Brie/Klein, 1993: 222 ff).

Das Verständnis emanzipatorischer Alternativen als Transformationsprozess bedeutet, dass sie eine irdische Angelegenheit für alle sind, die heute und nicht irgendwann von einer linken Politik vor allem Verbesserung in ihrer gegenwärtigen Arbeits- und Lebenswelt erwarten, längst ehe der Kapitalismus an sein Ende gelangt sein wird. Denn Transformation beginnt mit Aufbrüchen im Heute. Sie bedeutet aber zugleich, die gegenwärtig realisierbaren Reformen für Schritte zu einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus zu öffnen, eine Hoffnung und Vision wirkungsmächtig zu machen. Ein solcher Prozess stellt einen inneren Zusammenhang zwischen den Trägern einer radikalen antikapitalistischen Protestkultur, aktiven linken ReformpolitikerInnen – ob im außerparlamentarischen Raum, in Parlamenten oder Regierungen – und jenen her, die ihre erste Aufgabe in der Begründung des notwendigen Bruchs mit dem ganzen kapitalistischen System sehen. Ein transformatorischer Denkansatz könnte die Widersprüche zwischen unterschiedlichen linken Akteuren produktiv machen. Ein Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung in der Linken über Möglichkeiten und Grenzen eines grünen Kapitalismus. Überzeugend verweisen kritische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und AktivistInnen der Klimabewegung darauf, dass die gegenwärtig vor einem rasanten Aufstieg stehende Idee eines Green New Deal (Friedman, 2009; Bündnis 90/Die Grünen, 2009; Heinrich Böll Stiftung/Worldwatch Institute, 2009)) die Verheißung nicht einlösen werde, durch grüne Technologien eine Effizienzrevolution zur Rettung des Klimas, eine neue Wachstumswelle zur Minderung der Arbeitslosigkeit und dadurch die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie herbeizuführen. Denn vor allem werde das möglicherweise auslösbare Wachstum durch Ressourcenverzehr die Einsparungen durch verbesserte Ressourceneffizienz wieder auffressen (Rebound-Effekt). Ein grüner Kapitalismus wird durch die Profitdominanz eben immer weiter zu einem die Umwelt zerstörenden Wachstum in jeder profitablen Richtung gezwungen werden (Wallis, 2009; Kaufmann/Müller, 2009a). ■ Die Konsequenz daraus ist eine radikale Kritik der Konzeption eines grünen Kapitalismus, wie sie z.B. vom 2007 gebildeten Netzwerk Climate Justice Now! (CJN) vertreten wird. Es lehnt endlose Klimaverhandlungen mit halbherzigen Ergebnissen ab und erstrebt eine «kollektive antagonistische Praxis gegenüber dem UN-Klimaprozess» (Kaufmann/Müller, 2009b: 151) durch kämpferische Aktionen auf der Straße, u.a. im Umfeld der Klimakonferenz in Stockholm im Dezember 2009. Seine Forderung ist u.a., «fossile Ressourcen im Boden zu lassen, gepaart mit massiver globaler Umverteilung, anstatt um Details eines komplizierten Marktes für Verschmutzungsrechte zu feilschen.» (ebenda) ■ Andere linke AutorInnen und AktivistInnen stimmen der

Kritik des grünen Kapitalismus zu, betrachten aber die möglichen umweltpolitischen Teilfortschritte im Rahmen von Green-New-Deal-Konzepten als Ansätze für breite Bündnisse zur Abwendung einer Klimakatastrophe. Sie denken darüber nach, wie durch eine Veränderung der Kräfteverhältnisse solche Ansätze für den Einstieg in transformatorische Prozesse genutzt werden könnten (Wolf, 2009; Dellheim/Wolf, 2009). ■ Beide Positionen, die radikale Ablehnung eines grünen Kapitalismus und die Suche nach seinen Teilpotenzialen für eine alternative Umweltpolitik, können unter der Voraussetzung tiefgreifender Verbindung der Kräftekonstellationen zu einem sozialökologischen Transformationsprozess verbunden werden – als Teil einer Gesellschaftstransformation, die über den Kapitalismus hinausweist (Klein, 2009). ■ Sowohl das Verständnis des demokratischen Sozialismus nicht allein als Ziel und Weg, sondern auch als ein Wertesystem und als Prozess, in dem sehr unterschiedliche demokratische Akteure zueinander finden müssen, sollte die Aufmerksamkeit der Linken auf eine überaus dringliche Aufgabe lenken: auf die Entwicklung ihrer politischen Kultur als Teil ihrer Selbsterneuerung in der gegenwärtigen Gesellschaftskrise.

## KULTUR DER LINKEN – 1989 UND HEUTE

1989 bietet sich als Katalysator auch für ein Nachdenken über die Kultur der Linken an, die Partei DIE LINKE eingeschlossen.

Die Niederlage des Staatssozialismus war in hohem Maße Resultat der Abkehr der Bevölkerungsmehrheit von der Einengung politischer und geistig-kultureller Freiheiten. Als Generationen von Linken sich im Besitz eines Wahrheitsmonopols über künftige Wege und Gestalten der Gesellschaften wähnten, setzten sie voraus, dass sie der Grundbedingung aller Suche nach Neuland gar nicht mehr bedürften: der Freiheit als dem Reich der Argumente und Gegenargumente, der Prüfung von Varianten, der Toleranz gegenüber Mitsuchenden und des Lernens auch von Andersdenkenden. Der Mangel politischer Kultur innerhalb der Linken und erst recht im Umgang mit anderen gesellschaftlichen Kräften war tief in den Habitus vieler Linker eingeschrieben. Dieses Defizit erfuhr im Staatssozialismus noch eine Steigerung. Dessen zentralistische Struktur im Verein mit der Enge des marxistisch-leninistischen Denkgebäudes verwies eine Kultur des Argumentierens und Zuhörens in enge Grenzen und veranlasste den polnischen Satiriker Kasimierz Bartoszewicz zu der Empfehlung: «Wenn man nun einen Tag des Anhörens fremder Argumente einführt?» Die Heiligung der Parteilinie erstickte die politische Kultur. «Wir sagten, dass es besser sei, sich mit der Partei zu irren, als außerhalb von ihr oder gegen sie recht zu haben. Denn die Partei verkörpere die globale Wahrheit, die historische Vernunft.» (Semprun, 1981: 82). Der Mangel an politischer Kultur fügte auch der Kultur zwischenmenschlicher Beziehungen schwerste Schäden zu. Jorge Semprun, ehemaliger KZ-Häftling in Buchenwald, schilderte diesen Zusammenhang mit einer Episode: «Ich habe ihn lange gemustert, habe ihn fixiert. Ich wollte nicht so tun, als hätte ich ihn nicht gesehen. Ich wollte, dass er wissen sollte, dass ich ihn gesehen hatte und ihn übersah, nachdem ich ihn gesehen hatte. Er sollte begreifen, dass mein Blick und mein Schweigen ihn in die Hölle schickten. Besser noch: ins Nichts.

Ich fand mich erzengelhaft. Ich schlug auf dem Trottoir des Boulevard Saint-Germain sanft mit den Flügeln, ich flog zum Quecksilberhimmel des Bolschewismus empor. Ich war, einige Minuten lang, nicht mehr ein allen Versuchungen des Humanismus ausgesetzter Intellektueller bürgerlicher Herkunft. Ich war ein Mann der Partei und ich stellte mich entschlossen, ohne falsche Sentimentalität, auf den proletarischen Standpunkt. Ich gesellte mich mit einem Schlag zu der riesigen Menge der Unterdrückten, die nichts zu verlieren und nichts zu verzeihen haben. Alle Worte maß ich mit der Elle des Parteigeistes. Das war ganz einfach. War ich der Freund dieses Mannes gewesen? Eben diese Feundschaft forderte von mir eine umso festere Haltung. Und wenn sich jemand mir genähert hätte, um mir diese Haltung vorzuwerfen, um mich zu beschämen, hätte ich nicht einmal nach Worten suchen müssen. ... Ich hätte gebrüllt, dass die Partei sich stärke, indem sie sich säubere!» (ebenda: 80)

Je länger der Staatssozialismus existierte, desto unerträglicher wurde auch für eine Mehrheit der Sozialistinnen und Sozialisten der Widerspruch zwischen offiziell verkündeten, von ihnen auch individuell verinnerlichteten humanistischen Werten, zwischen den erfolgreichen Mühen in der DDR um mehr soziale Gleichheit, zwischen gelebten solidarischen Beziehungen im Alltag einerseits und der gleichzeitigen Tendenz zur Zerstörung zwischenmenschlicher und politischer Kultur andererseits. Das Ende des Staatssozialismus und seiner herrschenden Parteien war deshalb auch eine Befreiung der Kultur in weitem Sinne samt der politischen Kultur. Aber die Stunde der Befreiung kam 1989 mit einer neuen kulturellen Überwältigung in doppelter Gestalt daher. Ulrich Beck brachte die Maxime der Herrschenden für die deutsche Einheit auf den Punkt: «Marktwirtschaft und keine Widerworte!» Zum einen gelten nun die Menschen vor allem als Unternehmer ihrer eigenen Arbeitskraft auf dem Markt. Ihre Qualitäten werden an ihrer Markttauglichkeit gemessen. Sie haben sich vor allem zu «rechnen». Auch ihr Verhalten zu anderen soll sich diesem Maßstab anpassen. Die Kultur des Miteinander wird durch die Ökonomie deformiert. ■■■ Für die Solidarität im Sozialbereich bedeutet das beispielsweise, dass auch in dieser Sphäre das «unternehmerische Selbst» in das Zentrum rückt. Wer sich nicht selbst hilft, handelt unmoralisch und unsolidarisch gegenüber dem Gemeinwesen. Solidarisch ist, wer auf sich selbst setzt – in der Konkurrenz gegen andere (Lessenich, 2008: 79 ff). Zum anderen war die 1989 im Osten eingeführte politische Kultur von Beginn durch die Diskriminierung und die Ausgrenzung der Linken links von der SPD unter Verweis auf frühere stalinistische Strukturen gekennzeichnet.

Innerhalb der Linken vollzog sich die Verarbeitung des kulturellen Bruchs von 1989 sehr widersprüchlich. Die einen nutzten die Chance der Überwindung staatssozialistischer Schädigung politischer Kultur und die neuen politischen und individuellen Freiheiten auch im Osten für eine Erneuerung ihrer Sozialismusvorstellungen, für einen demokratischen Sozialismus. Die anderen sahen ihre seit langem geübte Verurteilung des Kapitalismus nun zu recht auch aus eigener Erfahrung bestätigt. Die politische Kultur mancher linker Gruppen korrespondiert als Reaktion auf solche Erfahrungen häufig mit einer Sprache des Zorns. Sie verhalten sich damit gemäß der Empfehlung des Philosophen Peter Sloterdijk, der

in seinem Buch «Zorn der Zeit» als Grundgestus, der die Entwicklung vorantreibt, eine Sprache des Zorns nahe legte. Kein Zweifel, dass eine solche Sprache zur Kennzeichnung menschenfeindlicher ökonomischer und politischer Prozesse und zur Anklage der mit ihnen verbundenen Verbrechen angemessen ist. ■■■ Zu bezweifeln ist aber, dass die pure Sprache des Zorns ohne alle Differenzierung eine Sprache linker politischer Kultur sein kann. Unwahrscheinlich ist, dass mit ihr jene Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erreichbar ist, die in Individualisierungsprozessen, Vielfalt der Lebensstile, internationaler Arbeitsteilung und Begegnung der Kulturen, Fortschritten der Geschlechteremanzipation, Eigenverantwortung und ähnlichen Prozessen Chancen für eigene Lebensentwürfe sieht. Zorn geißelt, aber er argumentiert nicht. Jürgen Elsässer empfiehlt sogar: «Wer den berechtigten Zorn über die ... politische Klasse erst nimmt», möge «linkem Populismus» Raum geben (Elsässer, 2006: 111 ff). Dies ist ein schlechter und gefährlicher Rat. ■■■ Die Linke sollte den Grunddefiziten politischer Kultur in bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften eine Erneuerung zunächst der eigenen inneren Kultur linker Organisationen und der Kultur der Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Kräften der Linken entgegensetzen. Ihr Gemeinsames ist die Suche nach mehr Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur. Selbst in Standpunkten, die nicht geteilt werden, kann ein Beitrag zu diesem Gemeinsamen stecken.

Die Linke insgesamt, soweit sie eine programmatische Orientierung für notwendig hält, und DIE LINKE im Besonderen stehen vor einer programmatischen Erneuerung. Vor Programmdebatten pflegt sich die Linke wie zu Schlachten zu rüsten. Aber stellt Euch vor, DIE LINKE erarbeitet ein neues Programm, und niemand will mehr alte Schlachten schlagen. Stellt Euch vor, sie ließe sich leiten von einer Kultur kommunikativer Vernunft, von der Verantwortung vor der Gesellschaft, von der Lust am Neuen, vom Anhören und Abwägen der Argumente. Die Krisenprozesse und die Herausforderungen durch die ungelösten Menschheitsfragen des 21. Jahrhunderts erfordern Wege in unbekanntes gesellschaftliches Neuland. Sie werden nur durch einen neuen hegemonialen Kräfteblock begehbar sein. Dieser Block wird prekarierte Teile der Bevölkerung, breite Schichten der Lohnarbeiterschaft, Milieus der gesellschaftlichen Mitte bis in die oberen Mittelschichten und in wichtigen Überlebensfragen der Menschheit sogar widersprüchliche Allianzen bis zu reformbereiten, weitblickenden Teilen der Machteliten umfassen (Instituts für Gesellschaftsanalyse, 2009). ■■■ Eine produktive Kommunikation und Kooperation für ein solches solidarisches Mitte-Unten-Bündnis bedarf einer neuen politischen Kultur der Linken. Es sind die Menschen, die die Gesellschaft verändern können, wenn ihre konkreten Interessen, ihre Emotionen und ihr Verstand zu einem Strom des Umbruchs zusammenfinden. Auch wenn es dazu kollektiver Akteure bedarf, schließt dies doch die innere Entscheidung von Millionen Individuen ein, die Erneuerung der Gesellschaft in die eigenen Hände zu nehmen. Erich Fromm schrieb in seinem Werk «Haben und Sein» sogar, die Vorbedingung einer besseren Welt sei, dass sich «die heute vorherrschende Charakterstruktur des Menschen grundlegend wandelt.» (Fromm, 1976:20). Rudolf Bahro formulierte knapp, dass es «nur so viel Umkehr geben wird, wie Individuen umkehren» (Bahro, 1089: 464). Talcott Parsons

betrachtete einschneidenden gesellschaftlichen Wandel als das Resultat fundamentalen Wertewandels in der kulturellen Sphäre der Gesellschaft und der Verinnerlichung dieses kulturellen Wertewandels durch die Individuen (Parsons, 1969). Nach Günter Anders' Überlegung müssen die kulturellen Veränderungen dazu führen, dass sich ein politisch relevanter Teil der handelnden Menschen unvergleichlich viel mehr Gefühls- und Mitgefühlstiefe aneignet. Nur so könnten sie die «prometheische Lücke» zwischen ihrer an die kühne Tatkraft des Prometheus gemahnenden Veränderungsmacht und der Begrenztheit menschlicher Verantwortungsfähigkeit für die Folgen ihres Handelns schließen (Anders, 1985: 266). Immer ist in den zitierten Überlegungen die Rede von einschneidenden Veränderungen in der soziokulturellen Grundsituation von Gesellschaften und Individuen unter dem Druck von extremen Spannungen und Gefahren. In solchem Fall kann für einen historischen Moment die kulturell-geistige Verfasstheit der Gesellschaft entscheidend für große transformatorische Fortschritte werden. Dem Revolutionsforscher Manfred Kossok gilt «der Umbruch im philosophischen Denken (als Kernstück der allgemeinen Kulturrevolution) als eine von drei entscheidenden Ebenen revolutionärer Umwälzungen (Kossok, 1988: 44).

Die notwendige Erneuerung der politischen Kultur der Linken, die Linkspartei eingeschlossen, ist nur ein Teil solcher allgemeinen Kulturrevolution. Die schnelle Entfaltung einer eigenen solidarischen politischen Kultur wird die Linke in den kommenden geistig-politischen Kämpfen um die Wege nach der Krise durch das Miteinander über Meinungsverschiedenheiten hinweg, durch die erhöhte Glaubwürdigkeit und moralische Anziehungskraft einer solchen Kultur stärken. In dem unumgehbaren künftigen Wandel der Lebensweisen wird überdies dem kulturellen Niveau der zwischenmenschlichen Beziehungen eine erstrangige Bedeutung zukommen. Allerdings existiert auch eine linke Kultur nicht außerhalb der Einflüsse der kapitalistischen Konkurrenzgesellschaft, so dass der Wandel der Kultur der Linken zu einem Teil ihres Projekts einer gerechten Gesellschaft der Freiheit, sozialen Gleichheit und Solidarität für jede und jeden wird.

## LITERATURVERZEICHNIS

- ALTVATER, ELMAR, 2009: Die kapitalistischen Plagen. Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und Finanzchaos. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 3
- ANDERS, GÜNTER, 1985: Die Antiquiertheit des Menschen, Bd. I. Über die Seele im Zeitalter der zweiten industriellen Revolution. München
- BENDER, PETER, 1996: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland. München
- BAHRO, RUDOLF, 1989: Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten? Ein Versuch über die Grundlagen ökologischer Politik. Stuttgart/Wien
- BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK (Hrsg.), 2009: Das Ende des Kasinokapitalismus? Globalisierung und Krise. Berlin
- BRAND, ULRICH, 2009: Staatseuphorie ohne Strategie. Zur Lage der Linken im Postneoliberalismus. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 4
- BRIE, MICHAEL/KLEIN, DIETER, 1993: Der Engel der Geschichte, Berlin
- BRIE, MICHAEL, 1999: Die ostdeutsche Teilgesellschaft. In: Kaase, Max/ Schmid, Günter (Hrsg.), Eine lernende Bundesrepublik. 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Berlin
- BRIE, MICHAEL (Hrsg.), 2009: Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik, Berlin
- BRIE, MICHAEL/SPEHR, CHRISTOPH, 2008: Was ist Sozialismus? In: Rosa-Luxemburg-Stiftung/ WISSENTTransfer (Hrsg.): kontrovers 1
- DELLHEIM, JUDITH/WOLF, FRIEDER OTTO, 2009: Die Green New Deals — Positionen von links. In: rls standpunkte 11
- ELSÄSSER, JÜRGEN, 2006: Große Koalition als Herausforderung für linke Opposition. In: Maurer, Ulrich/Modrow, Hans, Links oder lahm? Die neue Partei zwischen Auftrag und Anpassung, Berlin
- FRIEDMAN, THOMAS C., ...
- FROMM, ERICH, 1976: Haben und Sein. Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, München
- FUKUYAMA, FRANCIS, 1993: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München
- HABERMAS, JÜRGEN, 1990: Die nachholende Revolution, Frankfurt/Main
- HARTUNG, KLAUS, 1990: Neunzehnhundertneunundachtzig, Frankfurt/Main
- HEINRICH BÖLL STIFTUNG/ WORLDWATCH INSTITUTE (Hrsg.): French, Hillary/ Renner, Michael/ Gardner, Gary: Auf dem Weg zu einem Green New Deal. Berlin
- Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2009 a: Die Krise des Finanzmarktkapitalismus — Herausforderung für die Linke. In: Rosa-Luxemburg-Stiftung und WISSENTTransfer (Hrsg.), kontrovers 1

INSTITUT FÜR GESELLSCHAFTSANALYSE DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG, 2009 b: Die Linke in der Krise In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. 1

KAUFMANN, STEPHAN/(MÜLLER, TADZIO, 2009a: Wider den Wachstumswahn. In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. 1

KAUFMANN, STEPHAN/MÜLLER, TADZIO, 2009b: ...

KIRSCHNER, LUTZ, 2009: Das Forschungsprojekt Moderner Sozialismus. In: Archiv «Der SED-Reformdiskurs der 80er Jahre». Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin. [www.rosa-lux.de](http://www.rosa-lux.de)

KLEIN, DIETER, 2009: Grüner Kapitalismus – Irrweg oder aufzuheben in einer sozial-ökologischen Transformation? In: Kaufmann, Stephan/ Müller, Tazio, ...

KLEIN, DIETER, 1990: Steht Deutschland wirklich im Frühling? In: Neues Deutschland, 18.8.

KLEIN, DIETER, 1991: Doppelte Modernisierung im Osten. Illusion oder Option der Geschichte? In: Brie, Michael/Klein, Dieter, Umbruch zur Moderne?, Hamburg

LAFONTAINE, OSKAR, 1990: Probleme und Perspektiven der Deutschlandpolitik. Rede anlässlich einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 17. September. Bonn

KOSSOK, MANFRED, 1988: 1989 – Versuch einer Revolutionsbestimmung. In: Institut für Marxistische Studien und Forschungen: Die Französische Revolution. 1789 – 1989. Revolutionstheorie heute. Jahrbuch des IMSF 14, Frankfurt/Main

LAFONTAINE, OSKAR, 1990: Probleme und Perspektiven der Deutschlandpolitik. Rede anlässlich einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 17. September, Bonn

LEPENIES, WOLF, 1992: Folgen einer unerhörten Begebenheit, Berlin

LESSENICH, STEPHAN, 2008: Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus, Bielefeld

NORTH, DOUGLASS C., 2005: Understanding the Process of Economic Change. Princeton, New Jersey

PARSONS, TALCOTT, 1969... Das Problem des Strukturwandels: eine theoretische Skizze. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.) Modernisierung und Modernisierungstheorie. ...

SEIBERT, THOMAS, 2009: Strategisches Szenario, gewonnen im Rückblick auf italienische Ereignisse. Im: rls papers. Berlin

SEMPRUN, JORGE, 1981: Was für ein schöner Sonntag! München

WEBER, MAX, 1988: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen

WOLF, FRIEDER OTTO, 2009: Den Green New Deal instandbesetzen! In: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis. 1

ZAPF, WOLFGANG, 1992: Die Transformation in der ehemaligen DDR und die soziologische Theorie der Modernisierung. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung: MPIFG Discussion Paper 92/4. München

## IMPRESSUM

RLS STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig  
REDAKTION Marion Schütrumpf-Kunze ·  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Tel.: 030 44310-127 ·  
Fax -122 · [m.schuetrumpf@rosalux.de](mailto:m.schuetrumpf@rosalux.de) · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (PRINT), ISSN 1867-3171 (INTERNET)